

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner mit beratender Stimme

Herr Hans-Josef Bauer	CDU
Herr Biber Happe	FDP
Herr Oswald Pannes	Fraktion Die Linke.
Frau Doris Rost	Pro Köln
Herr Paul Spörl	FDP
Herr Fardad Hooghoughi	FDP

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner nach § 22 und § 23 der Hauptsatzung

Frau Lyudmyla Beysorina	entsandt vom Integrationsrat
-------------------------	------------------------------

Vertreter von Trägern der freien Jugendhilfe mit beratender Stimme

Herr Ulrich Bergmann	Deutscher Kinderschutzbund
Frau Helga Blümel	Diakonisches Werk Köln und Region
Frau Ruth Differdange	Kath. Familienbildungswerk e.V.
Herr Konrad Gilges	AK für das ausländische Kind e.V.
Frau Karin Grevelhörster	Zentrum für Frühbehandlung und Frühförderung
Frau Almut Gross	Jugendhilfe Köln e.V.
Herr Andreas Hildebrand	Kath. Jugendwerke e.V.
Frau Christiane Lehmann	Handwerkerinnenhaus Köln e.V. (in Vertretung für Frau Mahr / Mädchenhaus Köln)
Frau Monika Reisinger	Verein zur Förderung von Kindern und Jugendlichen mit Teilleistungsstörungen e.V.(MCD /HKS)
Herr Marc Ruda	Deutsches Rotes Kreuz
Herr Jochen Sander-von der Meden	Netzwerk e.V. - Soziale Dienste und Ökologische Bildung
Herr Hans-Josef Saxler	Soziales Zentrum Lino-Club e.V.
Herr Uwe Schäfer-Remmele	Theaterpädagogisches Zentrum e.V.
Frau Carola Siman	Ev. Kirchenverband
Herr Fabian Stettes	Kath. Jugendwerke e.V.
Frau Sarah van Dawen	Kölner Jugendring e.V.
Frau Regine Walter	Progressiver Eltern- und Erzieherverband e.V.
Herr Bernd Will	Arbeitsgemeinschaft "Offene Tür"
Frau Carmen Wöhler	Verein zur Förderung von Kindern und Jugendlichen mit Teilleistungsstörungen e.V.(MCD /HKS)

Herr Dr. Wolfgang Zashcke Jugendhilfe und Schule e.V. (Nippes Museum)

Verwaltung

Frau Beigeordnete Dr. Agnes Klein Dezernentin

Frau Carolin Krause Leiterin des Amtes für Kinder, Jugend und Familie

Pflichtmitglieder mit beratender Stimme

Frau Marianna Seyda Synagogen-Gemeinde Köln

Frau Dr. Sabine van Eyck Gesundheitsverwaltung (in Vertretung für Frau Dr. Bunte)

Herr Pfarrer Werner Völker Ev. Kirchengemeinde

Presse

Zuschauer

Entschuldigt fehlten:

Frau Christine Kupferer Sportjugend Köln

Frau Frauke Mahr Mädchenhaus Köln e.V.

Herr Christopher Meier Bundesagentur für Arbeit

Frau Erika Weber Sportjugend Köln

Ausschussvorsitzender **Herr Dr. Heinen** eröffnet die letzte Sitzung des Jahres und begrüßt alle Ausschussmitglieder, die Besucher und die Presse.

Er begrüßt ebenfalls die anwesenden Gäste aus der Verwaltung, die für fachliche Fragen zur Verfügung stehen:

- Herr Kaminke vom Amt für Schulentwicklung (zu TOP 7.2),
- Herr Pfeuffer von der Stabsstelle Integrierte Jugendhilfe- und Schulentwicklungsplanung (zu TOP 8.1, 8.2 und 8.5),
- Herr Sprenger für das Amt für öffentliche Ordnung (zu TOP 8.3),
- Frau Felker vom Amt für Schulentwicklung – Fachabteilung Kita-Bau – (zu TOP 11.1).

Da keine neuen Mitglieder anwesend sind, werden keine Verpflichtungen vorgenommen.

Herr Dr. Heinen zählt folgende Korrekturen und Hinweise auf:

- Der Caritasverband muss die Präsentation der Siegerarbeiten des Wettbewerbs "Dissen mit mir nicht! Kreativ gegen Rassismus und Diskriminierung" kurzfristig absagen (**TOP A**). Sie wird in der Februarsitzung nachgeholt.
- In der Beschlussvorlage 3842/2013 (**TOP 6.4**, „Städtischer Zuschuss an das Jugendprojekt "Dell-Chill" des Trägers "Katholische Jugendagentur Köln gGmbH" und für das Projekt "Erweiterte Angebote für jugendliche EU-Neubürger aus Köln-Nord" des Trägers "Pavillon e.V."“) muss es im Betreff, im Beschlussvorschlag auf Seite 1 sowie in der fett gedruckten Passage auf Seite 3 heißen: „Kalk-Nord“, und nicht: „Köln-Nord“, da der Träger „Pavillon e.V.“ speziell in Köln *Kalk* tätig ist. Außerdem sind die Zuschusssummen im Beschlusstext auf Seite 1 vertauscht worden. Richtig ist demnach: 9.500 Euro für das Projekt „Dell-Chill“ (Katholische Jugendagentur gGmbH) und 6.335,42 Euro für das Projekt „Erweiterte Angebote für jugendliche EU-Neubürger aus Kalk-Nord“.
- Zu der Vorlage 2574/2013 (**TOP 6.1**, „Anerkennung als Träger der freien Jugendhilfe gemäß § 75 SGB VIII; hier: Integrationshaus e.V.“) wurde eine Frage im Integrationsrat gestellt, welche den Mitgliedern als „Auszug zu TOP 6.1“ vorliegt.
Die Verwaltung bedankt sich für den Hinweis und nimmt wie folgt Stellung: Eine Vorgabe, dass ein Kassenprüfer in der Satzung zu benennen ist, gibt es im Gesetzestext des BGB nicht. Der Verein hat dennoch in § 14c seiner Satzung eine Aussage dazu getroffen, wer mit der Kassenprüfung beauftragt ist. Hiernach ist die Mitgliederversammlung zuständig für die Prüfung der Tätigkeitsberichte und Kassenberichte des Vorstandes und die Entlastung dieser Personen. Unregelmäßigkeiten in Satzungsinhalten führen im Übrigen schon beim Amtsgericht Köln zur Versagung der Eintragung in das Vereinsregister.“

Die Beratungsergebnisse der vorberatenden Gremien liegen aus zu den Punkten

- TOP 6.1 (2574/2013)
- TOP 6.2 (3523/2013)
- TOP 6.3 (3307/2013)
- TOP 7.2 (3745/2013)
- TOP 8.1 (2615/2013)
- TOP 8.2 (3450/2013)
- TOP 8.3 (3407/2013)
- TOP 8.4 (3174/2013)
- TOP 8.5 (2377/2013)
- TOP 11.1 (3050/2013).

Weiterhin wurden folgende Unterlagen als Tischvorlage ausgeteilt:

- Beschlussvorlage TOP 6.7 (4015/2013)
- Auszug des Ausschuss Schule und Weiterbildung zu TOP 7.2
- Auszug der Bezirksvertretung 3 (Lindenthal) zu TOP 8.3
- Neue Anlage 2 zu TOP 8.5 (2377/2013)
- Auszug der Bezirksvertretung 6 (Chorweiler) zu TOP 8.5
- Auszug der Bezirksvertretung 2 (Rodenkirchen) zu TOP 8.5.

Im Nachgang zur ursprünglich versandten Einladung bittet Herr Dr. Heinen, noch die Punkte 3.3, 5.2.1 und zu 5.2.1, 6.7 sowie 8.6 auf die Tagesordnung aufzunehmen.

Herr Dr. Heinen schlägt im Namen der SPD-Fraktion vor, den TOP 8.5 (2377/2013, "Lebenswerte Veedel - Bürger- und Sozialraumorientierung in Köln") ohne Votum in die nachfolgenden Gremien zu geben, wie es auch der Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales getan habe.

Frau Laufenberg schließt sich dem Vorschlag an und bittet, ebenfalls TOP 11.1 (3050/2013, „Anmietung einer Kindertageseinrichtung in Köln-Flittard, Peter-Grieß-Straße 8“) ohne Votum in den Rat zu verweisen.

Frau Beigeordnete Dr. Klein stimmt dieser Vorgehensweise zu und bittet in diesem Zusammenhang, offen gebliebene Fragen kurzfristig der Verwaltung zuzuleiten, damit man diese zur bevorstehenden Ratsentscheidung beantworten könne.

Der Jugendhilfeausschuss erklärt sich einstimmig mit den unterbreiteten Vorschlägen einverstanden, so dass sich folgende Tagesordnung ergibt:

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

A Präsentation des Caritasverbands: Siegerarbeiten des Wettbewerbs "Dissen - mit mir nicht! Kreativ gegen Rassismus und Diskriminierung" (ÖgG e.V.)

1 Allgemeines

1.1 Benennung der Stimmzähler

1.2 Gleichstellungsrelevante Themen

1.3 Rückfragen zu Beantwortungen von Anfragen und Mitteilungen aus früheren Sitzungen

2 Beantwortung von mündlichen Anfragen

3 Mitteilungen

3.1 Bildungsangebot für neu eingereiste Jugendliche
3649/2013

3.2 Aktuelle Flucht- und Rettungspläne in Kölner Schulen und Kindertagesstätten
Anfrage der FDP-Fraktion zur Sitzung des Gesundheitsausschusses am
24.09.2013, AN/0995/2013
3504/2013

3.3 Durchführung der Heilpädagogischen Förderung von Schulkindern im interdisziplinärem Rahmen.
3986/2013

4 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates

4.1 Frühere Anträge

4.2 Neue Anträge

5 schriftliche Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates

5.1 Frühere Anfragen

5.1.1 Kinderbetreuung und -freizeitmöglichkeiten für Flüchtlinge
AN/1325/2013

5.2 Neue Anfragen

5.2.1 Spitzabrechnungen integrativer Kindertagesstätten
AN/1480/2013

zu 5.2.1 Spitzabrechnungen integrativer Kindertagesstätten
4086/2013

**6 Beschlüsse gemäß § 41 Absatz 2 der Gemeindeordnung des Landes
Nordrhein-Westfalen**

6.1 Anerkennung als Träger der freien Jugendhilfe gemäß § 75 SGB VIII; hier:
Integrationshaus e.V.
2574/2013

6.2 Anerkennung als Träger der freien Jugendhilfe gemäß § 75 SGB VIII; hier:
"ChiKita e.V."
3523/2013

6.3 Anerkennung als Träger der freien Jugendhilfe gemäß § 75 SGB VIII; hier:
Elterninitiative "Die kleinen ASse" e.V.
3307/2013

6.4 Städtischer Zuschuss an das Jugendprojekt "Dell-Chill" des Trägers "Katholi-
sche Jugendagentur Köln gGmbH" und für das Projekt "Erweiterte Angebote
für jugendliche EU-Neubürger aus Köln-Nord" des Trägers "Pavillon e.V."
3842/2013

6.5 Mittel für Erstausrüstung von Jugendprojekten und Jugendeinrichtungen
3831/2013

6.6 Realisierung von Maßnahmen zur Verbesserung der Betreuungssituation von
Kindern im Schulalter.
hier: Zuschüsse für Gruppen "Ganztagsangebote für 10 - 14jährige Schülerin-
nen und Schüler" für das Schuljahr 2013/2014
3861/2013

6.7 Mittelzusage 2014 an Träger der Kompetenzagenturen
4015/2013

7 Ausschussempfehlungen an andere Ausschüsse

7.1 Neuanlage Spielplatz Loorweg/ Ranzeler Straße
2894/2013

- 7.2 Freigabe von Mitteln aus der Kulturförderabgabe - Teilplan 0416 - Kulturförderung
3745/2013

8 Ausschussempfehlungen an den Rat

- 8.1 Änderungsbeschluss zur Einführung des gebundenen Ganztags an weiteren 3 Kölner Schulen ab Schuljahr 2014/15 und 2015/16
2615/2013
- 8.2 Weiterentwicklung der Kooperation von Ernst-Simons-Realschule und Anna-Freud-Schule - Einführung Ganztage bei Zügigkeitsreduzierung an der Ernst-Simons-Realschule
3450/2013
- 8.3 Verlängerung der Sperrbezirke im Kölner Süden; Antrag an die Bezirksregierung Köln
3407/2013
- 8.4 Jugendeinrichtung Weiden
3174/2013
- 8.5 "Lebenswerte Veedel - Bürger- und Sozialraumorientierung in Köln" - Fortführung des sozialräumlichen Handlungsprogramms in veränderter Form
2377/2013
- 8.6 Neuwahl eines stimmberechtigten Mitgliedes für den Jugendhilfeausschuss
3980/2013

9 Anfragen

I. Öffentlicher Teil

A Präsentation des Caritasverbands: Siegerarbeiten des Wettbewerbs "Dissen - mit mir nicht! Kreativ gegen Rassismus und Diskriminierung" (ÖgG e.V.)

Da die für die heutige Sitzung geplante Präsentation des Caritasverbandes „Dissen – mit mir nicht“ ausfällt und auf die Februarsitzung verschoben werden muss, nennt Herr Dr. Heinen an dieser Stelle bereits die vier Erstplatzierten:

1. Gruppe der Caritas-Kinderbetreuung
2. Gruppe der Kinder- und Jugendeinrichtung „Die Villa“, Seeberg
3. Klasse 7 der Peter-Ustinov-Realschule
4. Gruppe des Jugendfreizeitwerks Köln e.V..

Begeistert von den Beiträgen der Kinder, schlägt Herr Dr. Heinen der Verwaltung vor, ein Copyright für die im Wettbewerb entstandenen Bilder zu erwerben und sie für Aktionen des Jugendamtes zu nutzen.

1 Allgemeines

1.1 Benennung der Stimmzähler

Als Stimmzähler für diese Sitzung werden Frau Dr. Butterwegge, Herr Kienitz und Herr Schneider benannt.

1.2 Gleichstellungsrelevante Themen

Gleichstellungsrelevante Themen werden nicht behandelt.

1.3 Rückfragen zu Beantwortungen von Anfragen und Mitteilungen aus früheren Sitzungen

Herr Pannes bedankt sich nochmals für die Beantwortung seiner Anfrage zur Haasenburger GmbH, die in der Novembersitzung unter TOP 2.4 besprochen wurde. In diesem Zusammenhang erkundigt er sich nach dem Bericht zu den Erziehungshilfeangeboten im Martin-Luther-Haus und im Axenfeldhaus.

Anmerkung der Verwaltung:

Im Rahmen des TOP 3.11 in der Sitzung vom 16.11.2010 wurde vereinbart, dass die Sachstandsmitteilungen einmal jährlich erfolgen sollen. Laut Information der Fachabteilung wird die nächste Mitteilung nach den Auswertungsgesprächen zu den Jahresberichten beider Einrichtungen folgen.

2 Beantwortung von mündlichen Anfragen

Es liegen keine aktuellen Beantwortungen mündlicher Anfragen aus vergangenen Sitzungen vor.

3 Mitteilungen

3.1 Bildungsangebot für neu eingereiste Jugendliche 3649/2013

Die Mitteilung der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.

Frau Mucuk freut sich, dass die Bildungsangebote für junge Migrantinnen und Migranten so gut angenommen werden. Sie möchte wissen, wie viele internationale Förderklassen es in *Vollzeitform* gibt, und ob damit alle Bedarfe gedeckt werden.

Sowohl im Primarbereich, als auch an den weiterführenden Schulen seien entsprechende Klassen eingerichtet worden, um zugereiste Jugendliche gezielt zu fördern, erklärt **Frau Beigeordnete Dr. Klein**. Partiiell gebe es Probleme, derzeit im Stadtteil Kalk. Hier gebe es Überlegungen, dem beispielsweise mit einem Shuttledienst für neu zugereiste Kinder und Jugendliche zu begegnen.

Momentan könne – trotz Planungsunsicherheiten wegen starker Fluktuation in der Nachfrage – der Bedarf gedeckt werden. Da für 2014 vermehrt Schwierigkeiten erwartet werden, werden Gespräche mit der Bezirksregierung geführt, um die Beschulung auch zukünftig flächendeckend sicherzustellen.

Herr Pannes wundert sich über die geringe Schülerzahl von 18 und fragt, ob diese Besetzung in der Praxis gängig sei.

Frau Beigeordnete Dr. Klein stellt zu diesem Themenbereich eine detailliertere, schriftliche Beantwortung in Aussicht.

3.2 Aktuelle Flucht- und Rettungspläne in Kölner Schulen und Kindertagesstätten Anfrage der FDP-Fraktion zur Sitzung des Gesundheitsausschusses am 24.09.2013, AN/0995/2013 3504/2013

Die Mitteilung der Verwaltung wird ohne weitere Aussprache zur Kenntnis genommen.

3.3 Durchführung der Heilpädagogischen Förderung von Schulkindern im interdisziplinärem Rahmen 3986/2013

Die Mitteilung der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.

Auf die Frage **Herrn Pannes**, wie die Förderung von Kindern mit Teilleistungsstörungen konkret ausgestaltet sei, erklärt **Herr Völlmecke** (Abteilung Pädagogische und Soziale Dienste), dass nach Änderung der Frühförderverordnung im Sozialhilfereich keine weitere Förderung von Schulkindern vorgesehen war, und daher die finanziellen Mittel sowie die Bearbeitung in den Jugendhilfereich übernommen worden seien. Die vorliegende Mitteilung solle lediglich dazu dienen, den diesbezüglichen Sachstand widerzuspiegeln.

Zu tiefergehenden Informationen zu zeitlichem Umfang, Personalausstattung und Methodik könne man einen umfassenderen Leistungsbericht erstellen.

Frau Wöhler (Kölner Therapiezentrum) bietet an, zu diesem Thema Fragen zu beantworten oder eine Präsentation in den Ausschuss zu bringen, wenn dies gewünscht sei. Gerne könne man auch einen Ortstermin dort vereinbaren.

4 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates

4.1 Frühere Anträge

Frühere Anträge sind nicht vorhanden.

4.2 Neue Anträge

Neue Anträge wurden im Vorfeld der Sitzung nicht gestellt.

5 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates (schriftlich)

5.1 Frühere Anfragen

5.1.1 Kinderbetreuung und -freizeitmöglichkeiten für Flüchtlinge AN/1325/2013

Da die Beantwortung der Anfrage durch die Verwaltung noch nicht vorliegt, wird die Anfrage auf die nächste Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 04.02.2014 vertagt.

5.2 Neue Anfragen

5.2.1 Spitzabrechnungen integrativer Kindertagesstätten AN/1480/2013

zu 5.2.1 Spitzabrechnungen integrativer Kindertagesstätten 4086/2013

Die Beantwortung resultiert aus einer schriftlichen Anfrage der Fraktion DEINE FREUNDE vom 29.11.2013. Sie wird ohne weitere Aussprache zur Kenntnis genommen.

6 Beschlüsse gemäß § 41 Absatz 2 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

6.1 Anerkennung als Träger der freien Jugendhilfe gemäß § 75 SGB VIII; hier: Integrationshaus e.V. 2574/2013

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss – Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie – beschließt, den Verein „Integrationshaus e.V.“, Ottmar-Pohl-Platz 5, 51103 Köln als Träger der freien Jugendhilfe gemäß § 75 SGB VIII anzuerkennen.

Abstimmungsergebnis:

- 14 Zustimmungen: SPD-Fraktion (3), CDU-Fraktion (2), Bündnis 90/ Die Grünen (2), FDP-Fraktion (1), Fraktion Die Linke. (1), AWO (1), Caritasverband (1), Der Paritätische (1), SJD Die Falken (1), SKF (1)
- keine Gegenstimmen
- keine Enthaltungen

Einstimmig zugestimmt.

Anmerkungen:

Frau Kupferer und ihre Vertreterin Frau Weber (Sportjugend) waren weder bei der Beratung, noch bei der Beschlussfassung zu diesem Tagesordnungspunkt anwesend.

**6.2 Anerkennung als Träger der freien Jugendhilfe gemäß § 75 SGB VIII;
hier: "ChiKita e.V."
3523/2013**

Herr Dr. Heinen weist nochmals darauf hin, dass es möglicherweise Probleme hinsichtlich der Namensrechte geben könne.

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss – Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie – beschließt, den Verein „ChiKita e.V.“, Neusser Str. 573, 50737 Köln gemäß § 75 Absatz 1 SGB VIII als Träger der freien Jugendhilfe anzuerkennen.

Abstimmungsergebnis:

- 14 Zustimmungen: SPD-Fraktion (3), CDU-Fraktion (2), Bündnis 90/ Die Grünen (2), FDP-Fraktion (1), Fraktion Die Linke. (1), AWO (1), Caritasverband (1), Der Paritätische (1), SJD Die Falken (1), SKF (1)
- keine Gegenstimmen
- keine Enthaltungen

Einstimmig zugestimmt.

Anmerkungen:

Frau Kupferer und ihre Vertreterin Frau Weber (Sportjugend) waren weder bei der Beratung, noch bei der Beschlussfassung zu diesem Tagesordnungspunkt anwesend. Die Vorstandsvorsitzende des „ChiKita e.V.“, Frau Pluimers, wurde bereits über die Bedenken informiert und wird sich fachanwaltlich beraten lassen.

**6.3 Anerkennung als Träger der freien Jugendhilfe gemäß § 75 SGB VIII;
hier: Elterninitiative "Die kleinen ASse" e.V.
3307/2013**

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss – Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie – beschließt, den Verein Elterninitiative „Die kleinen ASse“ e.V., Breslauer Str.11, 50858 Köln, gemäß § 75 Absatz 2 SGB VIII als Träger der freien Jugendhilfe anzuerkennen.

Abstimmungsergebnis:

- 14 Zustimmungen: SPD-Fraktion (3), CDU-Fraktion (2), Bündnis 90/ Die Grünen (2), FDP-Fraktion (1), Fraktion Die Linke. (1), AWO (1), Caritasverband (1), Der Paritätische (1), SJD Die Falken (1), SKF (1)
- keine Gegenstimmen
- keine Enthaltungen

Einstimmig zugestimmt.

Anmerkungen:

Frau Kupferer und ihre Vertreterin Frau Weber (Sportjugend) waren weder bei der Beratung, noch bei der Beschlussfassung zu diesem Tagesordnungspunkt anwesend.

**6.4 Städtischer Zuschuss an das Jugendprojekt "Dell-Chill" des Trägers "Katholische Jugendagentur Köln gGmbH" und für das Projekt "Erweiterte Angebote für jugendliche EU-Neubürger aus Köln-Nord" des Trägers "Pavillon e.V."
3842/2013**

Ausschussvorsitzender **Herr Dr. Heinen** erinnert daran, dass eine Korrektur des Beschlusstextes vorzunehmen ist: in den vorliegenden Unterlagen seien die Summen im Beschlusstext vertauscht, während die Beträge im Begründungsteil korrekt abgebildet seien.

Geänderter Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss – Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie – beschließt,
- einen Zuschuss in Höhe von **9.500 Euro** für das Projekt „Dell-Chill“ des Trägers „Katholische Jugendagentur gGmbH“ und
- einen Zuschuss in Höhe von **6.335,42 Euro** für das Projekt „Erweiterte Angebote für jugendliche EU-Neubürger aus Kalk-Nord“ des Trägers „Pavillon e.V.“
(insgesamt 15.835,42 Euro) im Haushaltsjahr 2013 zu gewähren.

Abstimmungsergebnis:

- 14 Zustimmungen: SPD-Fraktion (3), CDU-Fraktion (2), Bündnis 90/ Die Grünen (2), FDP-Fraktion (1), Fraktion Die Linke. (1), AWO (1), Caritasverband (1), Der Paritätische (1), SJD Die Falken (1), SKF (1)
- keine Gegenstimmen
- keine Enthaltungen

Einstimmig zugestimmt.

Anmerkungen:

Frau Kupferer und ihre Vertreterin Frau Weber (Sportjugend) waren weder bei der Beratung, noch bei der Beschlussfassung zu diesem Tagesordnungspunkt anwesend.

**6.5 Mittel für Erstausrüstung von Jugendprojekten und Jugendeinrichtungen
3831/2013**

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss – Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie – beschließt, dem Träger „Zurück in die Zukunft e.V.“, für das Projekt „Dachlow“ einen Zuschuss in Höhe von 7.614,45 Euro und dem Träger „Der Runde Tisch e.V.“, für das Projekt „Offene Tür Poll“ einen Zuschuss in Höhe von 1.050,00 Euro insgesamt 8.664,45 Euro für die notwendige Erstausrüstung zu gewähren.

Abstimmungsergebnis:

- 13 Zustimmungen: SPD-Fraktion (2), CDU-Fraktion (2), Bündnis 90/ Die Grünen (2), FDP-Fraktion (1), Fraktion Die Linke. (1), AWO (1), Caritasverband (1), Der Paritätische (1), SJD Die Falken (1), SKF (1)

- keine Gegenstimmen
- keine Enthaltungen
-

Einstimmig zugestimmt.

Anmerkungen:

Frau Kupferer und ihre Vertreterin Frau Weber (Sportjugend) waren weder bei der Beratung, noch bei der Beschlussfassung zu diesem Tagesordnungspunkt anwesend. Herr Schneider (SPD) hat weder an der Beratung, noch an der Beschlussfassung zu diesem Tagesordnungspunkt teilgenommen (Befangenheit).

**6.6 Realisierung von Maßnahmen zur Verbesserung der Betreuungssituation von Kindern im Schulalter.
hier: Zuschüsse für Gruppen "Ganztagsangebote für 10 - 14jährige Schülerinnen und Schüler" für das Schuljahr 2013/2014
3861/2013**

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss, - Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie – beschließt die Zuschüsse für die in der Anlage 1 genannten Träger in Höhe von 464.045,17 Euro für die Durchführung von Ganztagsangeboten im 1. Schulhalbjahr 2013/2014 (01.08.2013 – 31.12.2013) zu gewähren.

Abstimmungsergebnis:

- 12 Zustimmungen: SPD-Fraktion (3), CDU-Fraktion (2), Bündnis 90/ Die Grünen (2), FDP-Fraktion (1), Fraktion Die Linke. (1), Der Paritätische (1), SJD Die Falken (1), SKF (1)
- keine Gegenstimmen
- keine Enthaltungen

Einstimmig zugestimmt.

Anmerkungen:

Frau Kupferer und ihre Vertreterin Frau Weber (Sportjugend) waren weder bei der Beratung, noch bei der Beschlussfassung zu diesem Tagesordnungspunkt anwesend. Herr Krücker (Caritasverband) und Frau Volland-Dörmann (AWO) haben weder an der Beratung, noch an der Beschlussfassung zu diesem Tagesordnungspunkt teilgenommen (Befangenheit).

Die Anlage 1 liegt der Niederschrift nicht nochmals bei.

6.7 Mittelzusage 2014 an Träger der Kompetenzagenturen 4015/2013

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss – Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie beschließt eine Förderung der Kompetenzagenturen in Höhe von 165.000 Euro für das Jahr 2014 an die nachfolgenden Träger:

Kompetenzagenturen

1. 60.000,00 Euro In Via – Kath.Verband f. Mädchen– u. Frauensozialarbeit Köln e.V.
 2. 40.000,00 Euro Internationaler Bund –Soziale Dienste GmbH
 3. 65.000,00 Euro Jugendhilfe Köln e.V.
- 165.000,00 Euro

Abstimmungsergebnis:

- 14 Zustimmungen: SPD-Fraktion (3), CDU-Fraktion (2), Bündnis 90/ Die Grünen (2), FDP-Fraktion (1), Fraktion Die Linke. (1), AWO (1), Caritasverband (1), Der Paritätische (1), SJD Die Falken (1), SKF (1)
- keine Gegenstimmen
- keine Enthaltungen

Einstimmig zugestimmt.

Anmerkungen:

Frau Kupferer und ihre Vertreterin Frau Weber (Sportjugend) waren weder bei der Beratung, noch bei der Beschlussfassung zu diesem Tagesordnungspunkt anwesend. Die als Tischvorlage ausgeteilte Beschlussvorlage liegt nochmals als Anlage 1 bei.

7 Ausschussempfehlungen an andere Ausschüsse

7.1 Neuanlage Spielplatz Loorweg/ Ranzeler Straße 2894/2013

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss - Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie – empfiehlt der Bezirksvertretung 7 (Porz), folgenden Beschluss zu fassen: Die Bezirksvertretung Porz beauftragt die Verwaltung, den Bau des Spielplatzes in Höhe von 164.000 Euro durchzuführen.

Abstimmungsergebnis:

- 14 Zustimmungen: SPD-Fraktion (3), CDU-Fraktion (2), Bündnis 90/ Die Grünen (2), FDP-Fraktion (1), Fraktion Die Linke. (1), AWO (1), Caritasverband (1), Der Paritätische (1), SJD Die Falken (1), SKF (1)
- keine Gegenstimmen
- keine Enthaltungen

Einstimmig zugestimmt.

Anmerkungen:

Frau Kupferer und ihre Vertreterin Frau Weber (Sportjugend) waren weder bei der Beratung, noch bei der Beschlussfassung zu diesem Tagesordnungspunkt anwesend.

7.2 Freigabe von Mitteln aus der Kulturförderabgabe - Teilplan 0416 - Kulturförderung 3745/2013

Der Ausschussvorsitzende **Herr Dr. Heinen** weist eingangs auf die Information der Verwaltung hin, wonach die entsprechenden Haushaltsmittel im aktuellen Doppelhaushalt auch für das Jahr 2014 veranschlagt seien und die Kosten somit vollständig gedeckt werden können.

Frau Laufenberg erklärt, dass die FDP-Fraktion diese Beschlussvorlage bereits im Ausschuss Schule und Weiterbildung abgelehnt habe, da die Kulturförderabgabe laut des diesjährigen Urteils des Oberverwaltungsgerichts Münster (OVG) nichtig sei.

Sie hält eine Förderung von außerunterrichtlichen Kulturprojekten für falsch, wenn eine Deckung aus den rechtlich fragwürdigen Einnahmen der Kulturförderabgabe erfolgen solle.

Herr Dr. Heinen stellt richtig, dass das OVG die Erhebung einer Kulturförderabgabe für grundsätzlich möglich erklärt habe. Lediglich die steuerliche Gleichbehandlung von beruflich bedingten Übernachtungen mit touristisch motivierten Übernachtungen bei der sogenannten „Bettensteuer“ sei rechtlich nicht haltbar.

Aufgrund des seinerzeit anhängigen Klageverfahrens habe die Kämmerei bereits mit geringeren Einnahmen aus der Bettensteuer gerechnet, so dass mit dem Wegfall der Steuer auf betrieblich bedingte Übernachtungen keine Lücke entstanden sei.

Herr Dr. Schlieben stimmt der Vorlage im Grundsatz zu, jedoch fehle ihm eine genaue Auskunft, aus welchem Teilergebnisplan die Mittel bereitgestellt werden. Die in diesem Fall getätigte Aussage, dass die Kosten im Rahmen des *gesamstädtischen* Haushaltes gedeckt seien, dürfe nicht dazu führen, dass Herkunft und Sinnhaftigkeit von Deckungsvorschlägen nicht mehr hinterfragt werden.

Als Betroffener steht **Herr Schäfer-Remmele** der Sachlage gespalten gegenüber. Zum Einen sei er sehr froh, dass Gelder für die Förderung der kulturellen Bildung von Schulkindern zur Verfügung gestellt werden. Zum Anderen müsse man sich vor Augen führen, dass von den 100.000,- Euro allein 28.000,- Euro auf die damit verbundenen Verwaltungskosten entfallen, so dass lediglich 72.000,- Euro zur Verteilung blieben. Bei durchschnittlichen Kosten von 4.500,- Euro pro Projekt können damit 16 Gruppen unterstützt werden. Dem gegenüber stehen allerdings 42 förderfähige Schulen.

Darüber hinaus sei die Einschränkung auf den Primarbereich als indirekte Kürzung zu werten.

Um den Wert der kulturellen Bildung zu verdeutlichen, werde er daher im Rahmen der Haushaltsdebatte 2015 wieder massiv um die Erhöhung der Fördermittel kämpfen.

Herr Uckermann erinnert an die Debatten im Ausschuss Schule und Weiterbildung sowie Finanzausschuss. Die Bettensteuer sei zu Unrecht weiter vereinnahmt worden, obwohl sich bereits frühzeitig abgezeichnet habe, dass diese Steuereinnahmen möglicherweise rückerstattet werden müssen. Dass eine Rückzahlung der Steuergelder nun mit der Begründung einer gesamstädtischen Verantwortung umgangen werden solle, hält er für unredlich. Da es um die Frage der Ehrlichkeit gehe, fordere er ein

Umdenken in Politik und Verwaltung. Man dürfe kein Geld verplanen, das einem nicht rechtmäßig gehöre.

Zu Ausgestaltung, Rechtmäßigkeit und etwaigen Erstattungen der Kulturförderabgabe verweist **Frau Beigeordnete Dr. Klein** auf die Diskussion im Finanzausschuss und Rat.

Die Kämmerei habe attestiert, dass die Deckungszusage auf verfügbaren Mitteln basiere. Sie wisse, dass die Deckung nicht speziell aus dem Jugendetat sichergestellt worden sei und werde die Kämmerei bitten, die Aussage zur Kostendeckung bis zur Finanzausschusssitzung am kommenden Montag zu konkretisieren und dabei die einzelnen Haushaltsstellen zu benennen.

Abschließend meldet sich **Frau Jahn**, um ihre Freude über diese Tischvorlage auszudrücken. Es gehe darum, mit diesem Beschluss eine Planungssicherheit ab Januar herzustellen, aber vor Allem auch um die Kinder, denen diese Förderung zu Gute komme.

Der Ausschussvorsitzende stellt nun die Beschlussvorlage in ihrer Originalversion zur Abstimmung.

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss - Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie – empfiehlt dem Ausschuss Schule und Weiterbildung beziehungsweise dem Finanzausschuss, folgende Beschlüsse zu fassen:

1. Der Ausschuss Schule und Weiterbildung beschließt zur Förderung von außerunterrichtlichen Projekten der kulturellen Bildung im Offenen Ganztage der Primarstufe die Freigabe der im Haushaltsplan 2013/2014 im Teilergebnisplan 0416 „Kulturförderung“ in Zeile 15 „Transferaufwendungen“ veranschlagten konsumtiven zahlungswirksamen Aufwandsermächtigungen in Höhe von 100.000 EUR in 2013 und in Höhe von ebenfalls 100.000 EUR in 2014.
2. Der Finanzausschuss beschließt zur Förderung von außerunterrichtlichen Projekten der kulturellen Bildung im Offenen Ganztage der Primarstufe die Freigabe der im Haushaltsplan 2013/2014 im Teilergebnisplan 0416 „Kulturförderung“ in Zeile 15 „Transferaufwendungen“ veranschlagten konsumtiven zahlungswirksamen Aufwandsermächtigungen in Höhe von 100.000 EUR in 2013 und in Höhe von ebenfalls 100.000 EUR in 2014.

Abstimmungsergebnis:

- 13 Zustimmungen: SPD-Fraktion (3), CDU-Fraktion (2), Bündnis 90/ Die Grünen (2), Fraktion Die Linke. (1), AWO (1), Caritasverband (1), Der Paritätische (1), SJD Die Falken (1), SKF (1)
- 1 Gegenstimme: FDP-Fraktion
- keine Enthaltungen

Mehrheitlich zugestimmt.

Anmerkungen:

Frau Kupferer und ihre Vertreterin Frau Weber (Sportjugend) waren weder bei der Beratung, noch bei der Beschlussfassung zu diesem Tagesordnungspunkt anwesend. Die als Tischvorlage ausgeteilte Erläuterung zur finanziellen Deckung liegt dieser Niederschrift nochmals als Anlage 2 bei.

8 Ausschussempfehlungen an den Rat

8.1 Änderungsbeschluss zur Einführung des gebundenen Ganztags an weiteren 3 Kölner Schulen ab Schuljahr 2014/15 und 2015/16 2615/2013

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss - Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie – empfiehlt dem Rat, folgenden Beschluss zu fassen:

- 1) Der Rat der Stadt Köln beschließt gem. § 81 Abs. 2 Schulgesetz NRW (SchulG) in Verbindung § 9 Abs. 1 SchulG NRW die Einführung des Ganztagsbetriebs beginnend mit der Jahrgangsstufe 5 zum 01.08.2014 an folgenden Schulen
 1. Kaiserin-Theophanu-Schule, Gymnasium Kantstr. 3, 51103 Köln-Kalk
 2. Schule Auguststraße, Förderschule emotionale und soziale Entwicklung, Auguststr. 1, 50733 Köln;
sowie zum 01.08.2015 an der
 3. Peter-Ustinov-Schule, Realschule Neusser Str. 421, 50733 Köln.Der Beschluss steht unter dem Vorbehalt der Genehmigung durch die Bezirksregierung.
- 2.) Der Rat der Stadt Köln beauftragt die Verwaltung, bezüglich der Standorte der unter Ziffer 1 genannten Schulen, die eine Genehmigung der Bezirksregierung erhalten, die Einführung des Ganztagsbetriebs nach gesicherter Finanzierung zu betreiben. Soweit erforderlich sind für die o.g. Schulen unverzüglich die für die Bau- und Einrichtungsmaßnahmen notwendigen Beschlüsse unter Darstellung der haushaltsmäßigen Auswirkungen herbeizuführen.
- 3.) Der Rat der Stadt Köln beauftragt die Verwaltung, die ab dem Haushaltsjahr 2014 sukzessive entstehenden zusätzlichen Personalkosten von insgesamt 12.683 Euro im Teilergebnisplan 0301, Schulträgeraufgaben, bereitzustellen. Die Deckung erfolgt innerhalb des Teilergebnisplans 0301, Schulträgeraufgaben. Der Rat der Stadt Köln beschließt zum Stellenplan 2015 die Zusetzung von insgesamt rd. 0,29 Stelle Schulsekretär/in in der VGr. VIIVb BAT (EG 5 TVöD). Die jeweils für die einzelnen Schuljahre anteiligen Stellenanteile werden verwaltungsintern entsprechend bereitgestellt. Verwaltungsinterne Stellenverrechnungen werden im Rahmen der bestehenden Möglichkeiten zur Verfügung gestellt. Die ab 2015 zusätzlich entstehenden Personalkosten sind bei der Veranschlagung im Teilergebnisplan 0301 Schulträgeraufgaben zusätzlich bereit zu stellen.
- 4.) Die sofortige Vollziehung dieses Beschlusses wird gem. § 80 Abs. 2 Ziffer. 4 Verwaltungsgerichtsordnung im öffentlichen Interesse angeordnet.

Abstimmungsergebnis:

- 14 Zustimmungen: SPD-Fraktion (3), CDU-Fraktion (2), Bündnis 90/ Die Grünen (2), FDP-Fraktion (1), Fraktion Die Linke. (1), AWO (1), Caritasverband (1), Der Paritätische (1), SJD Die Falken (1), SKF (1)
- keine Gegenstimmen
- keine Enthaltungen

Einstimmig zugestimmt.

Anmerkungen: Frau Kupferer und ihre Vertreterin Frau Weber (Sportjugend) waren weder bei der Beratung, noch bei der Beschlussfassung anwesend.

8.2 Weiterentwicklung der Kooperation von Ernst-Simons-Realschule und Anna-Freud-Schule - Einführung Ganztags bei Zügigkeitsreduzierung an der Ernst-Simons-Realschule 3450/2013

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss - Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie – empfiehlt dem Rat, folgenden Beschluss zu fassen:

- 1.) Der Rat der Stadt Köln beschließt als innovatives Projekt zur Unterstützung schulischer Inklusion die Weiterentwicklung der schon bestehenden Kooperationsbeziehungen zwischen der Ernst-Simons-Realschule, Alter Militärring 96, 50933 Köln-Müngersdorf und der am gleichen Standort gelegenen Anna-Freud-Schule, Rheinische Förderschule mit dem Förderschwerpunkt körperliche und motorische Entwicklung. Der Rat der Stadt Köln beauftragt die Verwaltung, mit dem Landschaftsverband Rheinland als Träger der Anna-Freud-Schule eine Kooperationsvereinbarung über die Zusammenarbeit der beiden Schulträger zu schließen.
- 2.) Der Rat der Stadt Köln beschließt vorbehaltlich der Genehmigung durch die Bezirksregierung, dass die Ernst-Simons-Realschule gem. § 81 Abs. 2 Schulgesetz NRW (SchulG) in Verbindung mit § 9 Abs. 1 SchulG NRW beginnend mit der Jahrgangsstufe 5 **ab dem 01.08.2014** im gebundenen Ganztags geführt wird. Da die Anna-Freud-Schule ebenfalls im gebundenen Ganztags geführt wird, ergeben sich erweiterte Möglichkeiten der engen Kooperation beider Schulen.
- 3.) Der Rat der Stadt Köln beschließt gem. § 81 Abs. 2 i. V. m Abs. 3 SchulG NRW vorbehaltlich der Genehmigung durch die Bezirksregierung eine Änderung der Aufnahmekapazität der Ernst-Simons-Realschule von bisher 3 Zügen auf zukünftig 2 Züge. Ab dem Schuljahr 2014/15 werden nur noch zwei Eingangsklassen gebildet. Die Reduzierung der Zügigkeit ermöglicht die Realisierung des gebundenen Ganztags im Raumbestand unter Berücksichtigung der Nutzung des gesamten Gebäudekomplexes beider Schulen.
- 4.) Der Rat der Stadt Köln beauftragt die Verwaltung, nach Genehmigung durch die Bezirksregierung und nach gesicherter Finanzierung, die erforderlichen Rahmenbedingungen für den Ganztagsbetriebs herzustellen. Hierzu ermächtigt der Rat der Stadt Köln die Verwaltung, für kleinere bauliche Änderungen im Küchenbereich insgesamt 35.000 Euro bereitzustellen. Die Finanzierung erfolgt aus veranschlagten Mitteln innerhalb des Teilergebnisplans 0301, Schulträgeraufgaben bei Zeile 13, Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen, im Haushaltsjahr 2014.
- 5.) Weiterhin ermächtigt der Rat der Stadt Köln die Verwaltung, eine ergänzende Ausstattung an Mensamöbeln -Tische und Stühle- zu beschaffen. Die erforderliche Mittelbereitstellung in Höhe von 50.000.-Euro erfolgt aus veranschlagten Mitteln im Teilfinanzplan 0301, Schulträgeraufgaben in Teilfinanzplan Zeile 9, Auszahlung für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen, bei Finanzstelle 4012-0301-0-4500 im Haushaltsjahr 2014.
Die Finanzierung der bilanziellen Abschreibung in Höhe von 3.500 Euro/p.a. voraussichtlich ab 2014 erfolgt aus dem Teilergebnisplan 0301, Schulträgeraufgaben.
- 6.) Die sofortige Vollziehung dieses Beschlusses wird gem. § 80 Abs. 2 Ziffer. 4 Verwaltungsgerichtsordnung im öffentlichen Interesse angeordnet.

Abstimmungsergebnis:

- 14 Zustimmungen: SPD-Fraktion (3), CDU-Fraktion (2), Bündnis 90/ Die Grünen (2), FDP-Fraktion (1), Fraktion Die Linke. (1), AWO (1), Caritasverband (1), Der Paritätische (1), SJD Die Falken (1), SKF (1)
- keine Gegenstimmen
- keine Enthaltungen

Einstimmig zugestimmt.

Anmerkungen:

Frau Kupferer und ihre Vertreterin Frau Weber (Sportjugend) waren weder bei der Beratung, noch bei der Beschlussfassung zu diesem Tagesordnungspunkt anwesend.

8.3 Verlängerung der Sperrbezirke im Kölner Süden; Antrag an die Bezirksregierung Köln 3407/2013

Die Arbeit des SKF Köln sei sehr lobenswert, betont **Herr van Dawen**. Unabhängig davon sei eine Politik des Sperrbezirks falsch, so dass er sich bei der Abstimmung enthalten werde. Eine nachhaltige Bekämpfung könne nicht durch Verdrängung erreicht werden.

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss - Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie – empfiehlt dem Rat, folgenden Beschluss zu fassen:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, bei der Bezirksregierung Köln zu beantragen, den zum 01.05.2011 für zunächst ein Jahr in Kraft getretenen und dann um zwei Jahre bis zum 01.05.2014 verlängerten temporären Sperrbezirk für Straßenprostitution in der Zeit von 06:00 Uhr bis 20:00 Uhr im Kölner Süden unbefristet zu verlängern.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, bei der Bezirksregierung Köln zu beantragen, den zum 01.05.2011 für drei Jahre in Kraft getretenen 24-Stunden Sperrbezirk (Köln Meschenich) für Straßenprostitution im Kölner Süden unbefristet zu verlängern.
3. Der mit Ratsbeschluss vom 07.04.2011 eingerichtete Beirat, der die Entwicklung im Zusammenhang mit den Sperrbezirksregelungen begleitet, wird gebeten, seine Arbeit fortzusetzen.

Abstimmungsergebnis:

- 13 Zustimmungen: SPD-Fraktion (3), CDU-Fraktion (2), Bündnis 90/ Die Grünen (2), FDP-Fraktion (1), Fraktion Die Linke. (1), AWO (1), Caritasverband (1), Der Paritätische (1), SKF (1)
- keine Gegenstimmen
- 1 Enthaltung: SJD Die Falken

Einstimmig zugestimmt.

Anmerkungen:

Frau Kupferer und ihre Vertreterin Frau Weber (Sportjugend) waren weder bei der Beratung, noch bei der Beschlussfassung zu diesem Tagesordnungspunkt anwesend.

Der vor Sitzungsbeginn als Tischvorlage ausgeteilte Auszug aus dem Beschlussprotokoll der Bezirksvertretung 3 (Lindenthal) liegt der Niederschrift als Anlage 3 bei.

8.4 **Jugendeinrichtung Weiden** **3174/2013**

Frau Laufenberg zeigt sich verärgert über den Finanzierungsvorschlag. Obwohl die Jugendeinrichtung in Weiden dauerhaft erhalten werden solle, stelle die Kämmerei keine feste Finanzposition hierfür zur Verfügung. Es sei unvernünftig, die Mittel aus einem vollkommen anderen Bereich einzusetzen, die dann an anderer Stelle wieder fehlen (hier: Löschwasserleitungen in Stadtbahntunneln). Die FDP-Fraktion werde nicht zustimmen, um eine solch fatale Finanzpolitik nicht zu unterstützen.

Auch **Herr Dr. Schlieben** hält es für fragwürdig, fachfremde Gelder zu nutzen. Er fragt, ob das abgebende Dezernat überhaupt über die Mittelverschiebung in Kenntnis gesetzt worden sei, und ob im Umkehrschluss auch andere Dezernate für eigene Zwecke Geld aus dem Jugendhilfeeetat abziehen können.

Für **Frau Beigeordnete Dr. Klein** steht außer Frage, dass die Jugendeinrichtung erhalten bleiben und daher ein neuer Standort gefunden werden muss. Deswegen sei sie dankbar - trotz erheblicher Einsparvorgaben im Jugendbereich - diesen Weg zur Realisierung gefunden zu haben. Die Dezernate II und VI seien informiert und einverstanden: die Vorlage sei offiziell von allen betroffenen Ämtern mitgezeichnet worden.

Herr Dr. Heinen ergänzt, dass es sich bei dem jetzigen Plan um ein deutlich kostenreduziertes Modell handele, welches durchaus beschlusswürdig sei, und stellt daraufhin die Beschlussvorlage zur Abstimmung.

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss - Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie – empfiehlt dem Rat, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Rat der Stadt Köln genehmigt im Teilfinanzplan 0604 – Kinder- und Jugendarbeit in Teilplanzeile 11 – Auszahlung von aktivierbaren Zuwendungen eine überplanmäßige Ausgabe in Höhe von 1.100.000 Euro.

Abstimmungsergebnis:

- 13 Zustimmungen: SPD-Fraktion (3), CDU-Fraktion (2), Bündnis 90/ Die Grünen (2), Fraktion Die Linke. (1), AWO (1), Caritasverband (1), Der Paritätische (1), SJD Die Falken (1), SKF (1)
- 1 Gegenstimme: FDP-Fraktion
- keine Enthaltungen

Mehrheitlich zugestimmt.

Anmerkungen:

Frau Kupferer und ihre Vertreterin Frau Weber (Sportjugend) waren weder bei der Beratung, noch bei der Beschlussfassung zu diesem Tagesordnungspunkt anwesend.

8.5 "Lebenswerte Veedel - Bürger- und Sozialraumorientierung in Köln" - Fortführung des sozialräumlichen Handlungsprogramms in veränderter Form 2377/2013

Zu Beginn der Diskussion kündigt **Herr Dr. Heinen** einen Änderungsantrag der SPD-Fraktion zur Ratssitzung an, da noch Änderungsbedarf hinsichtlich des finanziellen Rahmens gesehen wurde.

Frau Jahn ist vom Konzept der Sozialraumarbeit überzeugt und möchte dies in der jetzigen Form erhalten wissen.

Es sei klar, dass finanzielle Einbußen unvermeidbar seien. Lieber nehme sie dann die Kürzung der bewilligten Sachmittel in Kauf, als auf die Sozialraumkoordination zu verzichten. Vielmehr solle diese noch ausgebaut werden: im Wege der interdisziplinären Arbeit solle der Blick nicht mehr nur auf „Soziales“ und „Jugend“ beschränkt bleiben, sondern auf die „Veedelsentwicklung“ erweitert werden.

Ebenso wichtig sei eine Lenkungsgruppe aus Politik und Trägern, die die Zielrichtung aller 11 Sozialräume koordinieren und die Qualitätsstandards gleichbleibend hoch halten könne.

Auf Nachfrage **Herrn Dr. Schliebens** erklärt **Herr Dr. Heinen**, dass mit dem Antrag von Rot/Grün nichts an der von der Verwaltung vorgeschlagenen Finanzausstattung geändert werde. Eine finanzielle Aufstellung, wie sie nun mit der zusätzlichen Anlage dargestellt werde, habe es in der Originalversion der Vorlage nicht gegeben. Da viele verschiedene Dezernate Änderungswünsche im Rahmen der Mitzeichnung hatten, sei die Vorlage mehrfach geändert worden. Die dadurch entstandene Unübersichtlichkeit werde durch den Änderungsantrag bereinigt.

Frau Beigeordnete Dr. Klein weist nochmals deutlich auf die als Tischvorlage ausliegende Übersicht (Anlage 2 zur Vorlage 2377/2013) hin, die drei verschiedene Sachkostenarten aufschlüssele, welche in der ursprünglichen Vorlage nicht explizit ausgewiesen worden seien. Mit der Anlage sei zweifelsfrei Finanzklarheit hergestellt worden.

Die Sozialraumarbeit finde in der Projektwelt bundesweit Beachtung, beginnt **Herr Bergmann**. Er bedauere den Wegfall sozialräumlicher Mittel, erkenne aber an, dass der Kern der Sozialarbeit – die Sozialraumkoordinatorinnen und –koordinatoren – mit der Beschlussvorlage erhalten werde. Da es aber um den Schutz des gesamten Netzwerks von Verwaltung, Politik und kooperierenden Trägern gehen müsse, sei es wichtig, die beschriebenen Mittel auch *dauerhaft* zur Verfügung zu haben und perspektivisch einplanen zu können. Herr Bergmann wirbt dafür, dass jeder Euro, den man in die Sozialraumarbeit investieren könne, auch tatsächlich seine Investition wert sei.

Zum Thema Lenkungsgruppe befürwortet Herr Bergmann die Idee einer Revision. Auch eine Evaluation in drei Jahren sei akzeptabel, gleichwohl kaum ein anderes Projekt bereits so umfassend und detailliert evaluiert worden sei, wie die Kölner Sozialraumarbeit. Er hoffe daher, dass die Expertise der freien Wohlfahrtspflege in diesem Zusammenhang Beachtung finde und das Projekt sukzessive nachjustiert anstatt immer wieder nur neu bewertet werde.

Herr Dr. Schlieben fragt, wie die Verwaltung zu den Vorschlägen der Bezirksvertretungen Chorweiler, Mülheim und Rodenkirchen stehe, die als Auszüge vorliegen.

Herr Pannes sieht hier einen Lichtblick inmitten des traditionellen Finanzdrucks. Da gesellschaftlicher und finanzieller Druck sowie der Aufgabenkatalog jedoch weiter wachsen, dürfe man nicht aufhören, um weitere Mittel zu kämpfen. Er betont, dass die angesprochene Koordinierung durch einen Lenkungskreis wichtig für die Qualität der Sozialraumarbeit sei und nicht schlichtweg zu weiterer Bürokratisierung führen dürfe.

In Bezug auf Herrn Dr. Schliebens Frage schickt **Frau Beigeordnete Dr. Klein** voraus, dass die aufklärende, zusätzliche Anlage den Bezirksvertretungen zu ihren Sitzungen noch nicht vorgelegen habe.

Die Bezirksvertretung 9 (Mülheim) hatte vorausgesetzt, dass die erforderlichen Sachkosten bereitgestellt werden. Dies sei inzwischen durch die zusätzliche Anlage 2 bestätigt worden.

Die von der Bezirksvertretung 2 (Rodenkirchen) erwähnte bezirkliche Lenkungsarbeit sei durch die bereits laufenden Sozialraumkonferenzen gewährleistet. Der gewünschte Sockelbetrag in Höhe von 15.000 Euro im Sinne von Projektmitteln stehe aufgrund des aktuell gültigen Haushaltsbeschlusses nicht zur Verfügung.

Auch die Forderung der Bezirksvertretung 6 (Chorweiler), den Sozialraumkoordinatorinnen und –koordinatoren mindestens 90 % der bisherigen Sachmittel zur Verfügung zu geben, widerspreche dem verabschiedeten Haushaltsbeschluss.

Frau Volland-Dörmann meldet sich zu Wort, um aus ihrer Erfahrung als Mitentwicklerin der Sozialraumarbeit zu sprechen. Die ursprüngliche Idee sei eine viel größere gewesen, denn dabei habe der Fokus auf gesamtstädtischer Sozialarbeit und Jugendförderung *in Kombination* mit lokaler Ökonomie und Stadtentwicklung gelegen. Die grundsätzliche Zielsetzung sei, eine soziale bzw. kulturelle Spaltung durch eine strukturelle, auf vorhandenen Ressourcen basierende Neuorientierung zu vermeiden.

Köln könne durchaus stolz auf seine sozialräumliche Arbeit sein, da mittlerweile auch Städte wie Hamburg oder München dieses prämierte und wissenschaftlich untermauerte Konzept übernehmen möchten. Aus diesem Grund wolle sie sich auch weiterhin für eine strukturierte, sinnvolle und stringente Stadtentwicklung einsetzen.

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss hat bereits vor Eintritt in die Tagesordnung **einstimmig** beschlossen, diese Vorlage **ohne Votum in die nachfolgenden Gremien** zu verweisen.

Anmerkungen: Die vor Sitzungsbeginn als Tischvorlage ausgeteilte, zusätzliche „Anlage 2“ sowie die Auszüge aus den Beschlussprotokollen der Bezirksvertretungen 2 (Rodenkirchen) und 6 (Chorweiler) liegen der Niederschrift nochmals als Anlagen 4 bis 6 bei.

8.6 Neuwahl eines stimmberechtigten Mitgliedes für den Jugendhilfeausschuss 3980/2013

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss - Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie - empfiehlt dem Rat, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Rat wählt als Nachfolger von Herrn Michael van Dawen als ordentliches, stimmberechtigtes Mitglied

Herrn Ludwig Weigel

für die „SJD Die Falken“ in den Jugendhilfeausschuss - Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie.

Abstimmungsergebnis:

- 14 Zustimmungen: SPD-Fraktion (3), CDU-Fraktion (2), Bündnis 90/ Die Grünen (2), FDP-Fraktion (1), Fraktion Die Linke. (1), AWO (1), Caritasverband (1), Der Paritätische (1), SJD Die Falken (1), SKF (1)
- keine Gegenstimmen
- keine Enthaltungen

Einstimmig zugestimmt.

Anmerkungen:

Frau Kupferer und ihre Vertreterin Frau Weber (Sportjugend) waren weder bei der Beratung, noch bei der Beschlussfassung zu diesem Tagesordnungspunkt anwesend.

9 Anfragen

Es werden keine neuen, mündlichen Anfragen gestellt.

gez. Dr. Ralf Heinen (Vorsitzender)
gez. Petra Lohmann (Schriftführerin)